



Liebe Kolleginnen! Ein schwieriges Jahr liegt hinter uns. Der plötzliche Tod unserer Bundesvorsitzenden sowie der Tod unserer Ehrenvorsitzenden wird uns noch eine Weile begleiten. Neue Aufgaben warten auf uns: Die neue Bundesregierung unterstreicht mit ihren Plänen den Trend hin zur egozentrischen Selbstbestimmung — ein Trend, der für Familien und auch für das Lebensrecht des Einzelnen nichts Gutes verheißt. Hier müssen wir als Pädagoginnen achtsam sein und genau beobachten, in welche Richtung unsere Gesellschaft abdriftet. Das sind wir den Kindern in Verantwortung vor Gott schuldig. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest im Lichte der Geburt des Menschensohnes.

Monika Born

VkdL-Info 10 / 2021



Warnung vor der Legalisierung von Cannabis

Der Kinder- und Jugendpsychiater *Rainer Thomasius* hat jüngst die Pläne der neuen Regierung zur Legalisierung von Cannabis kritisiert. In einem Interview mit der „Osnabrücker Zeitung“ am 29. Oktober warnte der Leiter des Deutschen Zentrums für Suchtforschung des Kinder- und Jugendalters am Uniklinikum Eppendorf (UKE) vor schweren psychischen Störungen und gesundheitlichen Problemen bei Jugendlichen. Als Jugendpsychiater kann er 35 Jahre Berufserfahrung in diesem Bereich vorweisen.

Thomasius sagt: „Wir haben Belege dafür, dass Cannabis die Hirnentwicklung und Hirnreifung sehr stark in Mitleidenschaft zieht.“ So fällt z.B. der Intelligenzquotient bei Jugendlichen mit Cannabiskonsum um 8 bis 9 Punkte niedriger aus. Schulbildung und Ausbildung litten darunter. Neben der körperlichen Abhängigkeit häuften sich meist auch Depressionen und Ängste bis hin zu Psychosen. Thomasius bringt es so auf den Punkt: „Man kann auch sagen: Cannabis raubt der Jugend ihre Zukunftschancen. Wir Kinder- und Jugendpsychiater sagen ganz klar: Bis zum 18. Lebensjahr sollte überhaupt kein einziger Joint geraucht werden.“ Thomasius sieht überhaupt keinen Handlungsbedarf in Richtung Legalisierung. Im Gegenteil: In Ländern, wie USA, Kanada und Portugal, die Cannabis legalisiert haben, ging der Konsum im Zusammenhang mit der Legalisierung um etwa 30 Prozent nach oben; die damit verbundenen psychischen Störungen nahmen um 25 Prozent zu! *Quelle: KNA-Pressedienst, 29.10.2021*

Negative Auswirkungen auf die Psyche — Frauen besonders betroffen

Dass die Corona-Pandemie sich auf die körperliche und psychische Gesundheit negativ auswirkt, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Jüngst konnte eine Studie der Betriebskrankenkassen (BKK) diesen Zusammenhang wieder bestätigen: Bei der Befragung von Mitarbeitern im Juni 2021 ist der Anteil derjenigen, die ihre Gesundheit eher negativ einschätzten, „sichtbar angestiegen“. Demnach gab jeder vierte Befragte an, dass die eigene körperliche Gesundheit unter der Pandemie leide, aber sogar jeder Dritte (!) gab an, dass die psychische Gesundheit stark leide. Das sei eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Prozentpunkte. Wegen einer Corona-Erkrankung würden vor allem weibliche Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen häufig ausfallen. Daher müsse der Gesundheitsschutz von Mitarbeitenden in diesen Branchen „hohe Priorität“ haben, wie Vorstandssprecher Franz Knieps von der BKK betont. Ein Pflegebonus reiche dafür nicht aus. Als positiv bewertet die BKK die Entwicklung beim Homeoffice, denn „die wenigsten coronabedingten Krankschreibungen fanden sich den Angaben zufolge in Branchen, deren Beschäftigte einen großen Teil der Arbeit im Homeoffice ausüben oder überwiegend im Freien arbeiten konnten“ (vgl. KNA-Pressedienst, 30.11.2021). Auch Menschen im Gastronomiebereich und im Hotelgewerbe infizierten sich durchschnittlich seltener.

Der VkdL appelliert an die Politik, endlich Taten folgen zu lassen und die Beschäftigten im Pflegebereich sowie in Sozial- und Bildungsberufen nicht alleine zu lassen. Diese Menschen haben mehr Wertschätzung und bessere Löhne verdient, denn sie arbeiten verantwortungsvoll und gemeinwohlorientiert!

Papst Franziskus will italienische Jugendliche treffen

Zum kommenden Osterfest 2022 — genauer gesagt am 18. April 2022 — will der Heilige Vater die Jugendlichen Italiens treffen. Dies wurde jüngst von der Italienischen Bischofskonferenz bestätigt. Papst Franziskus hat damit die Einladung von *Kardinal Gualtiero Bassetti*, dem Vorsitzenden der Jugendseelsorge-Kommission, angenommen. Die Teilnahme von Papst Franziskus am künftigen Jugendtreffen wurde mit großer Freude kommentiert. Der nächste große Weltjugendtag war ursprünglich für 2022 in Lissabon geplant. Nun ist er auf August 2023 verschoben. Man wolle vermeiden, Familien und junge Menschen einer gesundheitlichen Gefahr auszusetzen, so der Vatikan.

Der letzte Weltjugendtag wurde im Januar 2019 in Panama-Stadt durchgeführt. Normalerweise finden die Weltfamilientreffen alle drei Jahre statt.

KINDHEIT in Konfliktgebieten: Jedes 6. Kind wächst in Krisenregion auf

Die Organisation „Save the Children“ hat in ihrer neuen Studie mit dem Titel „Krieg gegen Kinder: Rekrutierung im Fokus“ analysiert: Im Jahr 2020 lebten rund 425 Mio. Mädchen und Jungen (= jedes 6. Kind) in einem Konfliktgebiet. Damit wuchsen 193 Mio. Kinder unter gefährlichsten Lebensumständen auf. Das ist die bislang höchste Quote in den vergangenen zehn Jahren. Vor allem die Rekrutierung der Kinder als „Streitkräfte und bewaffnete Gruppen“ ist zurzeit ein großes Thema: Etwa 337 Mio. Kinder sind dieser Gefahr ausgesetzt, — das sind dreimal so viele Kinder wie noch 1990.

Dieser Gefahr sind Kinder in insgesamt 39 Ländern ausgesetzt. Das ist der Höchststand seit 30 Jahren. Für Kinder in Syrien, Afghanistan und Jemen ist die Möglichkeit, für den Krieg rekrutiert zu werden, am größten. Der Geschäftsführer von „Save the Children“, *Florian Westphal*, spricht von „beschämenden Fakten“ und appelliert an die Regierungen der Welt, an Sicherheitsexperten, Geber, die UN und an Nichtregierungsorganisationen, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass internationale Regeln und Standards eingehalten werden und der „Kinderschutz“ auf allen Ebenen priorisiert wird.

Alarmierend sei auch, dass Länder wie Mosambik, Afghanistan, Kongo, Nigeria und Jemen zudem bereits mit schweren Auswirkungen des Klimawandels und wachsenden Hungerkrisen zu tun hätten.

Für den VkdL steht fest: In der ganzen Welt müssen die Grundbedürfnisse von Kindern viel stärker in den Blick genommen werden. Das fängt beim Lebensrecht des Ungeborenen an und erstreckt sich über die Zeit der Kindheit, in der Kinder ein Recht auf Unversehrtheit und Bildung haben. Kinder müssen wieder als Geschenk gewürdigt und dürfen nicht als „Last“ oder „Lastenträger“ gesehen werden!

„Christen-Bashing“ nimmt zu

Im Jahr 2020 richteten sich rund 980 Hassverbrechen gegen Christen oder christliche Gotteshäuser, Symbole und Einrichtungen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Zunahme von knapp 70 Prozent — so steht es im neuen Bericht der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). In dem „Hate Crime Data“-Bericht ermittelte die OSZE insgesamt 7.000 Hassverbrechen gegen Minderheiten sowie Gläubige verschiedener Religionen. Auch antisemitisch motivierte Straftaten sind von 600 auf über 2.300 gestiegen. Die stark erhöhte Zahl der Hassverbrechen gegen Christen sollte nach Meinung von *Madeleine Enzlberger* ein Weckruf „für alle politischen und kulturellen Eliten“ sein. Die Direktorin der „Beobachtungsstelle der Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen“ (OIDAC) in Wien dokumentiert in ihrer Einrichtung schon länger einen Trend zum „modischen Christen-Bashing“ und zu großer Gleichgültigkeit. Man könne davon ausgehen, dass die Zahl antichristlich motivierter Hassverbrechen noch viel höher liege, da nur 42 der insgesamt 57 OSZE-Staaten die Daten für den Report gemeldet hätten, was zu einer Verzerrung der Statistik führe. **Der VkdL fordert die Politik und auch die Kirche auf, diese Diskriminierung nicht totzuschweigen, sondern ebenso zu verurteilen wie den um sich greifenden Rassismus und Hassverbrechen gegen Minderheiten. Der VkdL erinnert an das Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Und auf die Bildung bezogen: „Die weltanschauliche Neutralität des Staates bedeutet keineswegs, dass der Lehrer sich als Beamter in ein religiöses Neutrum verwandeln muss.“ Wie arm wäre unsere Gesellschaft ohne ihre christlichen Wurzeln?!**

Offenheit zum Thema „Pflege“ —

Häufig werden jungen Menschen egoistische Haltungen unterstellt, die nicht der Einstellung der Mehrheit dieser Generation entsprechen. So konnte der DAK-Pflegereport, der Mitte Oktober in Hamburg vorgestellt wurde, zeigen: 16- bis 39-Jährige können sich mehrheitlich vorstellen, Angehörige zu pflegen. Mit 71 % sind Frauen tendenziell eher bereit, sich um Verwandte zu kümmern, als es bei Männern der Fall ist (66 %). Von denen, die bereits zu Hause jemanden pflegen, würden dies 84 % erneut wieder tun. DAK-Vorstandschef *Andreas Storm* sagt: „Das Thema Pflege ist unter jungen Menschen kein Tabu, sondern bei vielen im Alltag verankert.“ Der aktuelle Report zeige, dass die junge Generation bereit sei, Verantwortung zu übernehmen. Für die DAK-Untersuchung wurden 1.310 Frauen und Männer zwischen 16 und 39 Jahren befragt. Ende 2019 wurden 80 % der 4,1 Mio. pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt.

Nach Einschätzung des VkdL werden die Einsatzbereitschaft und die Motivation der jüngeren Generation zu wenig gewürdigt. Angesichts des großen Pflegenotstands müssten die finanziellen Anreize für pflegende Angehörige größer sein. Zudem sollte die staatlich finanzierte Fort- und Weiterbildung in dem Bereich stärker ausgebaut werden.

Wohin geht die Reise des Lebens?

Im Hinblick auf den neuen Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Regierung kann man sich fragen, was möglicherweise auf unsere Gesellschaft zukommt und was alles im Namen der Selbstbestimmung geopfert werden soll. Die drei Regierungsparteien wollen zwar die „Kinderrechte“ ins Grundgesetz aufnehmen (S. 98), aber die Werbung für Abtreibung erlauben (S. 116) und damit das Töten von Ungeborenen zu einer normalen Dienstleistung der Krankenkassen erklären. Ebenso möchte man durch ein „Institut der Verantwortungsgemeinschaft“ (welch irreführender Name) eine „Mehr-Elternschaft“ und „Co-Mutterschaft“ einführen (S. 114) sowie die Möglichkeit zur Legalisierung der Eizellspende und der Leihmutter-schaft prüfen (S. 116) — all das eingebettet in eine feministische Außenpolitik (S. 144) und einen „umfassenden Gender-Aktionsplan“ in der Entwicklungshilfe (S. 152). Wo kommen hierbei die Kinderrechte in aufrichtiger Form vor? Über das Lebensrecht von Ungeborenen und den Lebensstil von geborenen Kindern sollen zukünftig die Selbstbestimmungsvorlieben von Erwachsenen entscheiden. Inzwischen werden Stimmen laut, die die pseudotolerante Haltung der Regierungsparteien kritisieren: So entlarvte jüngst der CDU-Bundestagsabgeordnete *Hubert Hüppe* die Verlogenheit unserer modernen Gesellschaft, in der das Tabak-Werbeverbot mit dem Hinweis „Rauchen kann tödlich sein“ versehen ist, aber eine Abtreibung, die definitiv tödlich ist, als normale Dienstleistung beworben werden darf. **Der VkdL kritisiert die Pläne der künftigen Regierungsparteien scharf: Das Lebensrecht der Ungeborenen und die Bedürfnisse von kleinen Kindern werden immer brutaler auf dem Altar der Bedürfnisse von Erwachsenen geopfert.**

Rückläufige Zahlen — Im Wintersemester (WS) 2021/2022 ist die Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben: Sie liegt unverändert bei rund 2,9 Mio. Das Statistische Bundesamt teilte mit, dass in den letzten 14 Jahren seit dem Wintersemester 2007/2008 die Zahl der Studierenden Jahr für Jahr gestiegen war. Dieser Trend sei nun „vorerst gebremst“. Im Vergleich zum WS 2020/2021 hätten sich im WS 2021/2022 nur 3.400 Studierende (plus 0,1 Prozent) mehr eingeschrieben. Im Studienjahr 2021 haben rund 4 Prozent weniger studiert als im Studienjahr 2020. Lediglich im Studienjahr 2011 fiel — bedingt durch die Aussetzung der Wehrpflicht — die Studierendenzahl höher aus. **Der VkdL sieht in dem rückläufigen Trend der Zahlen auch die Chance, den Ausbildungsbereich stärker zu fördern. Junge Menschen suchen oft die gute Vernetzung zwischen Theorie und Praxis, was auch an dem Beliebtheitsgrad von Dualen Studiengängen ablesbar sei. Die junge Generation ist pragmatisch und zielstrebig. Dennoch plädiert der VkdL für eine fundierte und qualitätsorientierte Hochschulbildung, deren modulare Struktur nicht zu Lasten der wissenschaftlichen Freiheit und inhaltlichen Tiefe gehen dürfe.**

Staatsleistungen an Kirchen — wie lange noch?

Viele katholische Bistümer und evangelische Landeskirchen erhalten aus historischen Gründen regelmäßig Geld von den Bundesländern. Diese sogenannten Staatsleistungen umfassen Geld- und Sachmittel sowie auch Gehälter für Bischöfe, Domherren und Zuschüsse für Pfarrergehälter. Für beide Kirchen beträgt die Summe insgesamt 550 Mio. Euro. Die meisten dieser „altrechtlichen Staatsleistungen“ gehen auf die damalige Enteignung von Kirchengütern und auf die Verstaatlichung im Zuge der Säkularisierung um 1830 zurück. Diese Staatsleistungen sind jedoch zu unterscheiden von den „Kirchensteuern“, die die Mitglieder der Kirchen entrichten, was durch die Finanzämter einbehalten wird. Jüngst hat der SPD-Regierungsexperte *Lars Castellucci* eingefordert, das Grundgesetz zu beachten und die Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen, da der Staat dazu nicht mehr verpflichtet sei. In einem Interview mit der ZEIT-Beilage „Christ & Welt“ meinte Castellucci: „Es ist mittlerweile unstrittig, dass die Kirchen in die Lage versetzt werden müssen, auf Dauer zu finanzieren, was sie bislang aus den Staatsleistungen erlösen.“ Wie das gehen kann, soll zukünftig eine Kommission klären.

Der VkdL sieht in dieser Entwicklung auch eine Chance der Kirchen, sich vom Staat unabhängiger zu machen. Finanzielle Abhängigkeiten bringen nicht nur Bischöfe und andere Würdenträger unter Druck, sie können sogar langfristig auch die Botschaft des Evangeliums verwässern. Am Ende wird sich zeigen, ob die Kirche es schafft, in Armut und in Fürsorge für die Armen die Botschaft Christi weiterzutragen — ungeachtet des ausbleibenden Applauses von weltlichen Staatsträgern. Papst Franziskus hat die Gläubigen immer wieder auf diese Herausforderung eingeschworen: eine Neuevangelisierung muss zeitlose Glaubensbotschaften formulieren und darf sich nicht zum Sklaven der westlichen egozentrierten Konsumkultur machen lassen.